

Die "Vorblätter" erscheinen morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Nachnahme im Voraus für Deutschland 2,50 M., im Voraus für den Rest der Welt 3,00 M. ...

Die abendigen Vorblätter erscheinen über den Namen des Abnehmers. Der Bezugspreis beträgt bei freier Nachnahme im Voraus für Deutschland 2,50 M., im Voraus für den Rest der Welt 3,00 M. ...

Sozialistische

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Münchener Brandstifter

Fortdauer der Krise

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

München, 8. Februar.

Die Regierung Kahr bleibt trotz der Niederlage auf der Berliner Konferenz der Ministerpräsidenten auf ihrem schroff ablehnenden Standpunkt in der Entwaffnungsfrage; unter dem Druck der Münchener Orgeschleute bestehen. Am Dienstag vormittag fand eine Ministerkonferenz statt, in der eine Erklärung der Regierung zur Entwaffnungsfrage formuliert wurde. Der Entwurf dieser Regierungserklärung wurde den Führern der Koalitionsparteien zur Beratung übergeben, und wurde nach einer interfraktionellen Besprechung in den einzelnen Fraktionen der Koalitionsparteien nochmals erörtert.

In diesen Fraktionsbesprechungen schienen sich lebhafteste Widerstände geltend gemacht zu haben, weil die Regierungserklärung an der unbegrenzten Ablehnung der Entwaffnungsforderung festhält. Selbst in der bayerischen Volkspartei sind lebhafteste Differenzen entstanden. Die Tatsache, daß die Fraktionsbesprechungen noch heute weitergeführt werden, läßt mit Bestimmtheit darauf schließen, daß große Schwierigkeiten zu überwinden sind, um eine einheitliche Stellungnahme zu erzielen. Es besteht die Möglichkeit, daß es durch die Entwaffnungskrise zu einem Bruch der bisherigen Regierungskoalition in Bayern kommen wird. Die Regierung hält sich immer noch in geheimnisvolles Schweigen und will anscheinend Zeit gewinnen, um den Riß in der bayerischen Regierungskoalition wieder zu verkleinern.

Die U. S. P. hat heute im Landtag eine Interpellation eingebracht, die die Regierung zur Stellungnahme in der Entwaffnungsfrage zwingen soll. Der Antrag, diese Interpellation in der heutigen Vormittags-Sitzung zu behandeln, wurde gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen abgelehnt.

Bei den Kommunisten ist eine starke Ernüchterung zu verzeichnen, da das Treiben der Graf. Thomas und Konjorten zahlreichen Arbeitern die Augen geöffnet hat. Die kommunistischen Führer sind nun dabei, durch irgendeinen neuen Trick die Aufmerksamkeit der Massen von ihrer abenteuerlichen Kontraspolitik abzulenken.

Wir fordern Klarheit!

Die Beratungen des bayerischen Kabinetts mit den Koalitionsparteien sind gestern noch nicht zu Ende geführt worden. Minister Kahr berichtete in der Ministerratssitzung über den Verlauf der Berliner Konferenz und gab vier Anträgen des Reichskabinetts bekannt, um deren Beantwortung Bayern ersucht wird. Die Anträge betreffen die lokale Durchführung der Entwaffnung und enthalten auch einen Vorbehalt für den Fall außenpolitischer Verwicklungen. Herr Kahr hat auf die Frage vier Antworten formuliert; die vorläufig streng vertraulich behandelt werden sollen. Ein endgültiger Beschluß wurde im Ministerrat nicht gefaßt. Die Bayerische Volkspartei hält noch immer an ihrem Standpunkt fest, in der Entwaffnungsfrage keinerlei Konzessionen zu machen. Die demokratische Fraktion ließ durch ihren Vorsitzenden erklären, daß der bayerische Ministerpräsident in seiner Antwort an die Reichsregierung unter allen Umständen ein rückhaltloses Bekenntnis zum Reiche ablegen und auch die Versicherung geben müsse, daß Bayern in der Entwaffnungsfrage alle vertragsmäßig festgelegten Anordnungen im Interesse des Reiches zur Ausführung bringe.

Die Sozialdemokratische Partei Nordbayerns veröffentlicht eine Entschlieung, in der erklärt wird, daß die wirtschaftlichen Forderungen unannehmbar seien. Die Entwaffnung der Einwohnerwehren, die die Reichsregierung in dem Abkommen von Spaß zugesagt habe, sei aber durchführbar. Die ganze Haltung der Kahrregierung laufe letzten Endes auf einen Bruch Bayerns mit dem Reiche hinaus. Dieses frevelhafte Spiel würde die nordbayerische Bevölkerung nicht mitmachen, wenn die Kahrregierung Bayern ins Unglück stürzen wolle, so müsse sie dafür allein die Verantwortung tragen. Die Parteileitung richtet dann „an die freibeitlich gesinnte Bevölkerung Nordbayerns“ die Aufforderung, auf der Hut zu sein und sich nicht von den nationalistischen Drahtziehern ins Garn locken zu lassen. Der Aufruf schließt:

Kommt die Regierung in Bayern nicht in letzter Stunde zur Besinnung, läßt sie sich auf einen Bruch mit dem Reiche ein, dann wird die arbeitende Bevölkerung von Nordbayern ebenso wie die Bevölkerung von Schwaben, Württemberg und Baden, das Lächeln mit München zerhacken und sich an die Seite des Reiches stellen."

Wir verlangen von der Reichsregierung, daß sie nun endlich die Öffentlichkeit darüber unterrichtet, welche Forderungen Herr von Kahr bei der Ministerkonferenz in Berlin an die Reichsregierung gestellt hat. Wir verlangen vor allem Aufklärung darüber, welchen Inhalt die vier Fragen haben, die Herr von Kahr zur Beantwortung mit nach München genommen hat. Der amtliche Bericht, den die Regierung über die Konferenz der Ministerpräsidenten gegeben hat, sprach von einer ein-

mütigen Auffassung der Vertreter in allen Fragen. Das war eine Unwahrheit, die Deffenlichkeit wurde damit in größtmöglicher Weise irreführt. Da letzten Endes aber das gesamte Volk, und dabei wieder in erster Linie die arbeitende Bevölkerung die Folgen der bayerischen Sonderpolitik zu tragen haben wird, haben wir ein Recht darauf, volle Klarheit zu verlangen. Das geheimnisvolle Doppelspiel, das die Reichsregierung bisher getrieben hat, muß endlich aufhören, und es soll der Reichsregierung gesagt sein, daß sie für die bayerischen Separattätigkeiten ebenso verantwortlich zu machen ist, wie die Orgeschleute in München.

Die französische Kammerdebatte

Paris, 8. Februar.

Nachdem Briand seine Rede beendet hatte, nahm Minister Loucheur das Wort: Er versteht, daß die Kammer Aufklärungen verlange, bevor man nach London gehe. Deutschlands Schuld beträgt 200 bis 210 Milliarden Goldmark. Davon erhält Frankreich 52 Prozent. Man rechne damit daß der Wechselkurs in acht Jahren normal sei. Loucheur erläuterte alsdann das näheren, daß im Friedensvertrag alles von der Reparations-Kommission abhängt, und vergleicht die absoluten Ziffern des Vertrages mit dem Abkommen von Paris. Er macht große Vorbehalte hinsichtlich der in der Deffenlichkeit bis jetzt aufgestellten Berechnungen.

Loucheur fuhr fort: Wir erkennen an, daß Frankreich auf der Pariser Konferenz Opfer gebracht hat. (Bewegung.) Aber es fragt sich: welche? Vor einem Jahr hätten die Alliierten den bedeutendsten Finanzleuten den Auftrag erteilt, zu erklären, wie man Deutschland dazu bringen könne, 200 Milliarden Goldmark zu zahlen. Es sei ein Irrtum zu glauben, daß Deutschland anders zahlen könne, als mit den Reichskämmern, die es durch seine Ausfuhr erwerbe. Man sage, Deutschland könne Frankreich nur zahlen, indem es Frankreich auf dem Weltmarkt zu seinen Ungunsten Konkurrenz mache, aber es mache nur Konkurrenz, wenn man es gehen lasse, und keine Konkurrenz, wenn man zu handeln verweigere. Die deutsche Handelsbilanz müsse mit 12 bis 13 Milliarden Goldmark aktiv bleiben. Er glaube, daß die deutsche Ausfuhr 20 bis 25 Milliarden Goldmark betragen könne. Deutschland habe vor dem Kriege für 13 Milliarden ausgeführt. Wenn man den Wert von Erlaß-Vorträgen, der Saargegend und Oberschlesiens abrechne, gelange man zu 10 Milliarden Mark für 5 oder 6 Jahre. Nach seiner Ansicht könne die Ausfuhr von Deutschland und Frankreich in den folgenden Jahren sich verdoppeln. Die deutschen Steuerzahler müßten ebenso hoch belastet werden wie die französischen Steuerzahler. Frankreich hätte für seine Pensionen jährlich 2½ Milliarden auszugeben. Für die verwüsteten Gebiete fand auf 10 Jahre 80 Milliarden Franken verteilt. Nach dem Rückgang der Materialpreise werde man später mit 12 Milliarden mehr ausrichten als jetzt.

Die Fortsetzung der Debatte wird auf Wunsch des Ministerpräsidenten Briand auf heute, Mittwoch, verlagert.

Briand stellt die Vertrauensfrage

Paris, 8. Februar.

Briand wird heute versuchen, das Vertrauensvotum zu erhalten. Gestern beschränkte er sich bekanntlich auf einige Zwischenrufe gegen Kahr, dessen Rede deshalb so wichtig war, weil er alle die Fragen berührte, über die auch das Kabinett Vergues fiel. Die Kammer will jetzt völlige Klarheit, je länger die Beratungen dauern, um so erregter wird die Stimmung.

Die deutsche Antwort

London, 8. Februar.

Neuter meldet aus Berlin: In derigen britischen und französischen Kreisen werde die Antwort Deutschlands auf die Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz für befriedigend angesehen. Der Ton der deutschen Antwort sei verständlicher als ursprünglich erwartet worden sei, und dies werde dahin ausgelegt, daß Dr. Simons sich in seiner Haltung von bedachtamen und einsichtsvollen Erwägungen habe leiten lassen.

Paris, 9. Februar.

"Petit Parisien" sagt, die Annahme der Einladung Deutschlands zur Londoner Konferenz sei ein Beweis von gutem Willen. Freilich lasse eine leistungsfähige diplomatische Redewendung erkennen, daß Deutschland nach London komme, um zu verhandeln und nicht, um sich zu unterwerfen. Dem von der Pariser Konferenz angenommenen Reparationsplan wolle Deutschland zweifellos radikale Gegenvorschläge entgegenstellen. Dazu seien die Alliierten gut ausgerüstet. Die Sachverständigen in Brüssel hätten, was die Ausfuhrfrage anbetrifft, ein System erfinden, das die deutschen Sachverständigen angenommen hätten. Die deutsche Delegation werde in London ziemlich rasch merken, daß die alliierten Regierungen eine Besprechung der Ausführungsmodalitäten, jedoch nicht der Ansätze des Abkommens zulassen würden. "Kain" meint, die Regierungen der Entente würden ohne Zweifel keine Bemerkungen machen, um eine so formulierte Antwort, wie sie die deutsche Regierung vorlege, gutzuheißen. Der Berliner Friedensvertrag schreibe vor, daß Deutschland vor dem 1. Mai in billiger Weise gehört werden müsse.

Die Liquidation der Krise in den Vereinigten Staaten und ihre Lehren

Von Prof. Lederer, Heidelberg.

Die heutige Weltmarktlage kommt am deutlichsten in den Vereinigten Staaten zum Ausdruck; die nackten Ziffern von Produktion und Verbrauch zeigen uns besser als die erregten Berichte der englischen und amerikanischen Presse, welchen Umfang die Krise angenommen hat.

Das sei an einigen Tatsachen illustriert, die ich der letzten Nummer (Dezember 1920) des „Federal Reserve Bulletin“ entnehme. Diese sehr wertvollen Mitteilungen werden regelmäßig von dem „Federal Reserve Board“ publiziert, das bis zu einem gewissen Grade als die zentrale Beobachtungsstelle der amerikanischen Volkswirtschaft betrachtet werden kann.

Es ist bekannt, daß die Statistik der Vereinigten Staaten in vorbildlicher Weise die gesamten, für Produktion und Verbrauch wesentlichen Daten bringt. In Deutschland z. B. wissen wir zur Not (d. h. die amtlichen Stellen; die Deffenlichkeit erfährt hiervon wenig oder nichts) über Ein- und Ausfuhr, Erzeugung in Landwirtschaft, Bergbau und Eisenindustrie Bescheid. Die ganze Industrieerzeugung wird fortlaufend statistisch nicht erfasst, so daß wir nur aus der Bewegung des Beschäftigungsgrades und anderen Symptomen, wie der allgemeinen Preisbewegung, auf Konjunkturverlauf und -tendenz schließen können. In Amerika geht die Beobachtung viel weiter. Sie zeigt für Oktober 1920 folgendes Bild (in größten Zügen dargestellt):

Zunächst einige Ziffern über den Umfang der Produktion; wenn wir diese im Durchschnitt der Jahre 1911—1913 gleich 100 setzen, so ergibt sich (für Agrarprodukte: Marktstatistik):

| | 1919 (Dachziffer) | 1920 |
|-------------------|-------------------|------|
| Rind (Total) | 151 | 139 |
| Getreide und Mehl | 127 | 102 |
| Baumwolle | 124 | 132 |
| Zucker | 127 | 184 |
| Kohle | 152 | 131 |
| Eisen | 102 | 159 |

Dieselbe Bewegung zeigen viele andere Waren, sowie die Daten der Transportunternehmungen. Weiteres: trotz geringerer Produktion sind die Warenlager nur unbedeutend gesunken; sie betragen z. B. Februar 1920: 534 Prozent, Oktober 1920: 504 Prozent des letzten Monatsumfanges, während sich umgekehrt die noch nicht ausgeführten Aufträge von 32 Prozent des Umfanges im Februar 1920 und zifra 10 Prozent im Oktober 1920 gesenkt hatten. Von Einzelheiten abgesehen, kann man sagen, daß die Menge der Produktion (bei diesen Daten werden immer Mengen, wie Preissummen verglichen) von Herbst 1919 auf Frühjahr 1920 fast durchweg erheblich zurückging. Das hat nun nicht in natürlichen Ursachen, etwa geringerer Ernte, Nachlassen der Arbeitslust usw., seinen Grund. Wir können den Ursachen aller dieser Erscheinungen etwas näher kommen, wenn wir in der gleichen Zeit die Preisbewegung studieren. Da können wir feststellen, daß sich die Großhandelspreise aller Handelsartikel in den Vereinigten Staaten, diese in einen Generalindex zusammengefaßt, folgendermaßen gestalteten:

| Ver. Staaten | England | Frankreich | Italien |
|------------------|---------|------------|---------|
| 1913 = 100 | 100 | 100 | 100 |
| Jan. 1920 = 226 | 288 | 487 | 504 |
| April 1920 = 283 | 313 | 554 | 679 |
| Okt. 1920 = 298 | 282 | 503 | 665 |

Es sind also die Preise sowohl als auch die auf dem Markt befindlichen Warenmengen, die Gesamtgütererzeugung zurückgegangen. Das ist merkwürdig, da bei so eingeschränkter Produktion die Preise mindestens ihre alte Höhe hätte behalten sollen. Zwar haben sich in dieser Zeit einige Momente sehr störend bemerkbar gemacht, insbesondere die rasch sinkende Kaufkraft der Abnehmerländer. Die Exporte sind vom Frühjahr bis zum Herbst 1920 um 25—40 Prozent gesunken. Aber all das vermöchte noch nicht völlig, die sinkende Produktion zu erklären, zumal ja in sehr schlechten Konjunkturen jeder starke Produzent trachtet, durch Ausdehnung der Produktion billiger zu erzeugen und so den Schwächeren ganz zu verdrängen.

Solche Krisen waren auch in Amerika gekennzeichnet durch große Arbeitslosigkeit, Bankerotte und weit größere Preisstürze, als wir sie jetzt verzeichnen können. In dem Bild der Konjunktur verrät sich also eine ordnende Hand, welche tatsächlich an der Gestaltung der Dinge nicht unbeteiligt war.

Als im Frühjahr 1919 bei steigenden amerikanischen Preisen gleichzeitig die europäischen Wechselkurse und damit die Kaufkraft der europäischen Länder sanken, wurde von den Großorganisationen des amerikanischen Kapitals, den Banken, die Parole zur Einschränkung und Kündigung der Kredite ausgegeben. Diese ist dann wohl auch in großem Umfang erfolgt. Die Einschränkung und Kündigung der Kredite verfehlte Produktions- und Handelsunternehmen in eine schwere Zwangslage, sie mußten trachten, ihre Warenbestände rasch zu verkaufen, um ihre Schulden begleichen zu können. Sie konnten daher mit ihren Vorräten nicht zurückhalten und mußten sie zum Teil mit Verlusten loslagern. Zwar hatten sie große Gewinne in der Kriegskonjunktur erzielt,

aber empfanden jetzt trotzdem die Verluste als Bedrohung ihrer Existenz. Denn sie mußten — und das war die zweite Wirkung, welche sich so sinnfällig in den oben erwähnten Ziffern zeigt — ihre Erzeugung einschränken, also Arbeiter entlassen, Bestellungen von Rohstoffen und Halbfabrikaten rückgängig machen usw. So verplantzte sich die Krise über die ganze Volkswirtschaft. Während also die Welt nach den größten, brennendsten Bedarfnach den amerikanischen Waren hatte, wurde deren Erzeugung gedrosselt, um Vergeßes, nämlich hoffnungslose Anhäufung unverkäuflicher Waren zu verhüten.

Vom kapitalistischen Gesichtspunkt betrachtet, ist die Einschränkung der Kredite auch durchaus richtig gewesen: denn sie beugte katastrophale Ueberproduktion vor. Im Grunde befolgten die amerikanischen Banken die Grundzüge der deutschen Kartelle, welche auch beim Nachlassen der Konjunktur die Erzeugung einschränken, um die Profite hochzuhalten. Der Wechsel der Konjunktur kam sonst beiden Teilen zugute, den Produzenten brachte die Hochkonjunktur gute Gewinne, den Konsumenten die Depression: große Warenlager und billige Preise. Jetzt ist die kapitalistische Produktion in den Vereinigten Staaten organisiert. Diese Organisation wirkte dahin, den Ausbruch der Krise (durch Enziehung der Kredite) zu beschleunigen und sie selbst zu verkürzen. Dabei war der einzelne Unternehmer den führenden Wirtschaftsmächten, den Banken ausgeliefert.

Wenn also gesagt wird, eine Organisation der volkswirtschaftlichen Kräfte sei unmöglich, so ist das heute schon durch die Tatsachen widerlegt; die kapitalistische Welt hat sich nachgerade sehr gut organisiert und weiß die Organisation zur Stabilisierung der Profite zu benutzen, ohne Rücksicht auf die Interessen der Konsumenten; sie ist sogar stolz darauf, daß sie gelernt hat, „das Geschwür aufzustechen, bevor das Gift den ganzen Organismus erfährt“. Nun — die sozialistische Organisation der Produktionskräfte wird solche raffinierten Mittel nicht anwenden müssen; sie wird die Ueberproduktion nicht durch Stilllegung von Betrieben heilen müssen, da sie infolge einer zweckmäßigen Verteilung der produzierten Güter eine Ueberproduktion überhaupt nicht kennen wird.

Keine Legendenbildung!

In ihrer Verlegenheit wegen der Schwabingerlei ihrer Münchener Freunde täuscht die „Rote Fahne“ ihren Lesern die Legende auf, unser Genosse Seeger habe in der am Sonntag in Leipzig stattgefundenen Massenversammlung, die zu den Pariser Forderungen Stellung nahm, sich für gemeinschaftlichen Kampf an der Seite der Bourgeoisie ausgesprochen und die nationale Einheitsfront gepredigt.

Diese Behauptung ist glatter Schwindel. Selbst aus den kurzen telegraphischen Meldungen über die Leipziger Versammlung, die den Inhalt der Rede des Genossen Seeger nennenswert wiedergaben, ging in keiner Weise hervor, daß der Referent die nationale Einheitsfront gepredigt habe. Hätte die „Rote Fahne“ die Gewissenhaftigkeit gehabt, den ausführlichen Versammlungsbericht in der Montagsausgabe der „Leipziger Volkszeitung“ zu lesen, so hätte sie nie und nimmer ihre neue Legende in die Welt setzen können. Nach diesem Bericht führte Genosse Seeger aus, daß die U. S. A. nie einen Zweifel darüber gelassen habe, daß sie das Heil der Völker nicht von den Vereinbarungen der Regierung, sondern von dem tätigen Eingreifen der Arbeiterschaft aller Länder erwarte, die selbst auf den Plan treten müsse. Hier springe der große Gegensatz zum Bürgertum auf. Auch diesmal wieder werden sich die kapitalistischen Regierungen auf Kosten der arbeitenden Massen zu verständigen suchen. Genosse Seeger sagte dann weiter:

Die U. S. A. ist weit entfernt, der Entente zu bewilligen, was sie fordert. Wenn die politische Konstellation so ist, wie wir sie beobachtet zu haben, hören die Verhandlungen der Kapitalisten auf. So lange die politische Macht in den Händen der bürgerlichen Parteien liegt, kann die Arbeiterklasse nur Verhandlungen fordern, bei denen die Arbeiter am wenigsten leiden.

In der letzten Entrüstungskampagne sind alle fruchtlosen Versuche, die nationale Einheitsfront zu entsuchen, gescheitert. Auch die Entente weiß, daß die Forderung von 20 Milliarden Goldmark unerfüllbar ist. Auch die wirtschaftlichen Forderungen sind

unerfüllbar. Eine Abgabe von 12 Prozent vom Werte der Ausfuhr bedeutet die Strangulierung des deutschen Wirtschaftslebens.

Wir wissen, daß auch die Arbeiter der Ententeländer gegen die Forderungen der Entente Widerstand erheben. Unter Bestehen muß darauf gerichtet sein, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse so lebendig zu gestalten, daß der Kapitalismus zurückweichen muß. Die deutsche Arbeiterschaft muß sich hüten, in das nationalistische Horn zu tönen. Die Kapitalisten würden sich keine Minute besinnen, die Forderungen zu bewilligen, wenn sie dabei aus den Knochen der Arbeiter noch Gewinn für sich herauszuschinden können.

Genosse Seeger geißelte dann das hebräische Treiben der nationalistischen Parteien und den Unfug der Münchener Kommunisten, die gemeinsame Sache mit den Studenten und der Orgeß machten. Ebenso entschieden wandte er sich gegen den nationalistischen Geist, der aus dem Aufruf der General-Kommission der Gewerkschaften spricht, und forderte schließlich die Arbeiter auf, sich zur einheitslosen Phalanx des Sozialismus zusammenzuschließen, die allein imstande sein werde, mit dem Kapitalismus und dem Versailler Friedensvertrag Schluss zu machen.

Sieht das, verehrte „Rote Fahne“, nach einem Burgfrieden mit der Bourgeoisie und einer nationalen Einheitsfront aus?

Die Untreiber

Obwohl es nach der ganzen Lage der Dinge feststeht, daß ein Widerstand gegen die Entwauffnung der Entente etwas anderes herausbeschwören könnte, als weitere äußere und innere Komplikationen, heßt die „nationale“ Presse wie toll, um die Reichsregierung zu einem Unfall in dieser Frage zu zwingen und der bayerischen Orgeßregierung zu einem Siege zu verhelfen. So verkündet die „Post“ großspurig: Bayern hat das Wort! — und verlangt nichts weniger, als daß die bayerische Regierung fest bleibe und die Konsequenzen ihrer Haltung nicht scheue. Entweder führt das schwerindustrielle Organ aus, würde dann ein Ultimatum der Reichsregierung an die bayerische Regierung erfolgen, die Entwauffnung der Einwohnerwehren vorzunehmen oder ein gleichzeitiges Ultimatum der Entente an die Reichsregierung. Beharrten die Bayern auch dann noch auf ihrem Standpunkt, so käme die zwangsmäßige Entwauffnung entweder von Berlin aus oder durch die Entente in Frage. Die entscheidende Frage sei nun, ob die bayerische Regierung die Verantwortung für die Folgen übernehme könne und wolle.

Au die „Deutsche Zeitung“ bewegt sich in ähnlichen Gedankenängsten. Max Maurndrecher ist verzweifelt, daß die Reichsregierung nicht mit Bayern konform gehe, und daß die Orgeß nun nicht mehr bestehen solle. Eine eigene Drohmeldung aus München kündigt bereits den „schärfsten Widerstand“ bei der Auflösung der Einwohnerwehren an, und ein abgetakelter Major erklärt im gleichen Atemzuge, daß Deutschland bereits entwauffnet sei, daß aber — die Entwauffnung der Entente unannehmbar sei, weil sie Deutschland erlos machen würde! Würde Deutschland in diesem Punkte fest bleiben, dann würde uns auch „von jenseits des Ozeans und aus dem fernen Osten“ Unterstützung kommen.

Mit derartigen wilden Mähnen suchen die nationalistischen Kriegshöher das Spiel noch in letzter Stunde zu gewinnen. Aus ihren Lemperaturen spricht aber gleichzeitig eine gewisse Resignation. Es muß unter allen Umständen gefordert werden, daß die Reichsregierung diesen Anteilern gegenüber fest bleibe. Jedes Kompromiß mit ihnen, wie das beispielsweise bei den Roten des Herrn Simons über die Frage der Einwohnerwehren zum großen Schaden Deutschlands der Fall war, würde den schärfsten Widerstand der Arbeiterklasse finden und außenpolitisch zu einer Katastrophe führen.

Nach deutschem Muster. Für den 6. Februar hatten die Sozialdemokraten in Ugra eine Versammlung einberufen, in der die Gründung von Arbeiterindianaten erörtert werden sollte. Ein größerer Tripp kommunisten drang in den Saal ein und sprang unter Hochrufen auf Kavel und Lenin die Versammlung. Die kommunistische Internationale scheint einen besonderen Spezialisten für Versammlungsstörungen angestellt zu haben, der den Versammlungsgraden national und international regelt, um den Kommunisten wenigstens auf einem Gebiete zu positiven Erfolgen zu verhelfen.

Altes und neues Maffentheater

Revolutionstheater in Petersburg

Karl Holzer ist im Februar der neuen russischen Revolutionsbewegung aus dem Ausland zurückgekehrt. Der folgende Bericht über eine Aufführung in Petersburg, das alle unsere Vorstellungen über die Entwicklung eines neuen Kunst herort.

Einer Aufführung unter freiem Himmel nach den neuen Prinzipien der politischen Massenkunst wohnte ich am Revolutionstheater in Petersburg bei. Es war die Aufführung des historischen Schauspiel: „Die Eruierung des Winterpalais“. Wir hatten uns, eine kleine Gesellschaft, gegen zehn Uhr in das Gebäude des ehemaligen Staatsarchivs begeben und sahen aus einem Fenster das Drama vor unseren Augen abrollen. Ich will über dieses Erlebnis ausführlich berichten, denn was ich da zu sehen bekam, war nicht allein etwas in seiner Angelegenheit, seiner wilden Monströsität Unvergleichliches, zugleich Schauer und Bewunderung Erregendes, sondern auch darum, weil in dieser Art des Theaterspiels sich zweifellos etwas Zukünftiges ankündigt, das alle unsere Vorstellungen vom Theater umwälzen muß. An diesem Revolutionsabend wurde ich auch der Ursache inne, warum bisher alle Versuche des Maffentheaters scheitern und, nachdem sie Schaden die Fülle angefüllt hatten und es jetzt noch tun, verschwinden müssen.

Der nach dem ermordeten Volkskommissar Urisly benannte Platz vor dem Winterpalais ist der ehemals Dworkowo-Platz, das heißt Schlossplatz benannte, mit der von Nikolai I zum Andenken an Alexander L errichteten, von einem ein Kreuz schwingenden Engel getränkten Säule. Der Fassade des Winterpalais gegenüber ist der weite Platz von einem riesigen, halbkreisförmigen Gebäude, dem Oberkommando abgeschlossen. Das Aush, aus dem wir sahen, befindet sich zwischen Palais und Kommando auf der Millionenmaße-Seite.

Zwei große Bühnen waren vor dem Oberkommando aufgeschlagen, rechts eine weiße, links eine rote, in der Mitte verband sie ein hoch geschwungener Brückenbogen. 15.000 Menschen waren zugegen, einige Berufsschauspieler darunter, die anderen Glieder der Theaterkassen, Mitglieder der Proletkult-Klubs, der Theatervereine der Roten Armee und der Baltischen Flotte. Am Schluß des Schauspielers spielten aber etwa 100.000 Menschen mit, die aus allen Seitenstraßen, von den Tribünen und aus den Häusern hervorstürzten.

Ein leichter Regen beeinträchtigte die Wirkung, man adests keine nicht. Als wir nach zehn unsere Plätze am Fenster einnahmen, hatte das Schauspiel eben begonnen. Der hoch oben an

Buch

Die ungarischen Königsmacher haben entschieden Buch. Nachdem erst vor einigen Tagen ein Krach in den eigenen Reihen zur Spaltung der Regierungspartei geführt hat, kommt jetzt eine neue Habsburger. Die Habsburger, die unter allen Umständen den Habsburger Karl auf den ungarischen Thron haben wollen, sind trotz aller Liebedienerei bei der Entente glatt durchgefallen. Der englische Oberkommissar in Budapest, der eben aus London zurückgekehrt ist, wo er eingehende Besprechungen mit Lord George über die Königsfrage hatte, veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: „Der einheitliche Standpunkt der gesamten Entente in der ungarischen Königsfrage ist, daß sie die Rückkehr der Dynastie Habsburg auf den ungarischen Thron unter keinen Umständen gestatten kann. Diese Frage wird überhaupt nicht als eine ausschließlich innerpolitische Angelegenheit Ungarns, sondern als höchst wichtiges außenpolitisches Problem betrachtet. Die Erfahrungen beweisen, daß für die Großmächte Bestrebungen der Habsburger Ungarn stets die feste Basis war. Welche Maßregeln im Falle einer eventuellen Wiederkehr der Habsburger gegen Ungarn angewendet werden würden, oder, bejaht, wie die Entente die Restauration der Habsburger verhindern würde, darüber kann ich eine Auskunft nicht geben. Im übrigen steht die Entente der innerpolitischen Richtung Ungarns vollkommen gleichgültig gegenüber; wenn sie zur Konsolidierung führt, kann sich Ungarn von uns auch eine Theokratie erlauben.“

Nun können die Legitimisten, an der Spitze Herzog Ministerpräsident Graf Peleki, für eine Fiktion mit ihrer Agitation für die Rückkehr Karls von Habsburg einplanen. Vielleicht, daß sich mit der Zeit die Entente wieder anders bestimt.

Interessant ist an dieser Erklärung des englischen Oberkommissars aber doch noch die Tatsache, daß die Entente der innerpolitischen Richtung Ungarns völlig gleichgültig gegenübersteht. Das ist ja keine Neuigkeit. Alle Welt weiß, daß sich der Grund des weißen Terrors unter stillschweigender Duldung und teilweiser Billigung der Budapestter Entente-Kommission abspielen. Diese Entente, die gegen den Terror in Rußland zu Felde zieht, hat nichts gegen den weißen Terror in Ungarn einzuwenden. Gestrichelweise dient doch der weiße Terror in Ungarn der Wiederherstellung der schwärzesten Reaktion. Und diesem böstlichen Unternehmen vorlag die kapitalistischen Staaten der Entente nicht ihre stillschweigende Sympathie.

Die Sehnsucht nach dem Spreeprefekten

Die Deutschnationalen wollen mit der Selbstverwaltung der Gemeinden ein Ende machen. Sie sehnen sich nach dem alten Regime und können die Zeit gar nicht abwarten, bis sie an der Herrschaft sind. Das geht aus einer Wahlrede hervor, die der deutschnationale Stadterzbischof Walter Koch in einer Wähler-versammlung seiner Partei gehalten hat. Nachdem er die angeblichen Verdienste der Hohenzollern um Berlin gebührend herausgehört hatte, sagte er seine Zukunftsvorstellungen in den Satz zusammen: „Nach den Wahlen wird es Zeit sein, diesen Magistrat hinauszuwerfen und einen Spreeprefekten einzusetzen.“ Wie Herr Koch, so denken auch seine näheren Parteifreunde. Sie wollen herrschen und wollen das nach ihrer Art tun. Sie hoffen auf einen Wadausgang, der ihnen almitis U. In den Wählern liegt es, ob sie am 20. Februar durch ihre Gleichgültigkeit die Hoffnungen der Deutschnationalen verwirklichen, oder ob sie diesen Herrschaftsgefäßen ein Ende setzen wollen.

In der Pfalz herrscht weiter Furchung. Von dem französischen Kontrollamt in Landau ist, wie der „Landauer Anzeiger“ meldet, die Verfügung über das Verbot des Faschings für die Pfalz nicht genehmigt worden.

Das allgemeine Wahlrecht in Japan abgelehnt. Das japanische Parlament hat mit 249 gegen 187 Stimmen den von der Oppositionspartei eingebrachten Vorschlag über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts abgelehnt.

— die Leibwache um Kerenki läuft mit geschwungenen Gewehren zum Brückerbogen — die Ministerbank fällt mit einem Krach unter den Tisch — aus einer Seitenstraße des Urichplatzes schleichen wilden Getutes zwei Automobile zur weißen Bühne heran, Kerenki schwingt sich mit einem Saitentortale von seinem Thron über die Ministerbank zu den Stufen, die von der Bühne aus Pfeiler hinunterführen, die Automobile schlucken ihn mit amtlichen Ministern und jagen in rasender Fahrt quer über den Platz an der Säule vorbei zum Winterpalais hinaus, dessen Tor sich sähggleich öffnet und die Automobile aufnimmt.

Jetzt begann das Winterpalais mitspielen: im ersten Stodwerk erglommen mit einem Schlag sämtliche Fenster in hellstem Licht — daweil ging die Aktion auf der Brücke weiter. Unter Maschinengewehrgefeuer und wildem Schießen entwickelte sich dort oben um tausend rote Fahnen ein Gefech und Handgemenge zwischen der Roten Armee und den übrigen Lieblichen Welken. Lote und Vermundete kollerten über die Stufen, fielen über die Brüstung der Brücke auf das Pflaster des Platzes hinunter. Im Winterpalais erschallen daweil die Lichter, flammten wieder auf, erloschen wieder. Minutenlang tobte die Schlacht auf dem Brückerbogen, endlich war sie entschieden. Nun war die ganze kämpfende Masse der Roten Armee zu einer einzigen geernt, über die Treppe hinunter dem Winterpalais zu. Aus den Seitenstraßen des Urichplatzes marschierten Regimenter hervor, schlossen sich jenen von der Bühne Kommenden an, Zehntausende und Zehntausende — aber was war das? Von dort hinten, hinter dem Winterpalais, von der Nawa her erdrönte plötzlich furchbarer Donner!

Die „Aurora“, das historische Kriegsschiff, das im November 1917 das Winterpalais bombardiert hatte, feuerte jetzt, auf demselben Fleck der Nawa verankert, zur Mitwirkung an diesem Schauspiel befehl, seine Kanonen ab, um das Mysterium zum Erlebnis der Revolution selbst zu erhöhen...

Das Winterpalais lag schon seit einer Weile kochend da. Ein Dorfgele tat sich hast auf, und aus ihm stürzten die Automobile mit Kerenki und den Seinen im Hui zur Millionenmaße hinunter und weg.

Jetzt waren es bereits Hunderttausend, die zum Winterpalais zogen. Der ganze riesige Platz war erfüllt von schreitenden, laufenden, singenden, brüllenden Massen, die alle dem Winterpalais zustrebten. Gemetschfälle, Maschinengewehrgeratter, das hurstbare Gedröde von der „Aurora“ her... grauenhaft, Entsetzen erregend...

Wir hinter unserem Fenster waren ein wenig bleich geworden. Wir wußten es ja genau: solche Gelegenheiten pflegte die Gegenrevolution — nicht etwa eine von Schauspielern ge-

Zur Lohnbewegung der städtischen Arbeiter

Von der Ortsverwaltung Berlin des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Die städtischen Arbeiter hatten zum 1. November 1920 Anträge auf Neuregelung der Löhne gestellt, diese Anträge kamen Anfang November zur Verhandlung. Das Resultat wurde von den Arbeitern und Angestellten mit großer Mehrheit abgelehnt und zwar in erster Linie deswegen, weil der bisherige Einheitslohn durch den Schiedspruch beseitigt wurde und die städtischen Arbeiter in drei verschiedenen Lohngruppen geteilt wurden. Der Schiedspruch vom 5. November billigte den Arbeitern der technischen Betriebe (Gas, Wasser, Elektrizität) 40 bzw. 50 Pfa. Stundenlohn, dem Personal der übrigen Betriebe 30 Pfa. Stundenlohn und ließ das Personal der gesamten Pflegenanstalten circa 10.000 Personen, vollständig leer ausgehen. Die städtischen Arbeiter haben in ihrer Mehrheit, damals in Rücksicht auf die Neubildung des Magistrats, keine Konsequenzen gezogen. Sie haben den Schiedspruch abgelehnt und ihre Organisation beauftragt, in erneute Verhandlungen einzutreten.

Am 25. November hat das Lohnkartell der städtischen Arbeiter, bestehend aus dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Deutscher Transportarbeiter-Verband, Verband der Maschinisten und Heizer, Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verband der Gärtner und Gärtnereilarbeiter und Zentralverband der Angestellten erneut Anträge eingereicht, und zwar die gleichen Anträge, wie sie den Verhandlungen Anfang November zugrunde lagen. In Veranlassung der Situation hat die Stadtverwaltung die Eschwegung der Angelegenheit auf die lange Bank geschoben und erst wiederholtes Drängen der Organisationen brachte die Verhandlungen in Gang. Die ersten Verhandlungen fanden am 4. Januar d. J. statt, und trotz des lebhaftesten Drängens der Arbeitnehmer zogen sich die weiteren Verhandlungen den ganzen Monat Januar hindurch. Am 26. Januar fanden zwischen der von den städtischen Körperschaften eingesetzten Tarifdeputation und der Tarifkommission der Arbeiter die wichtigsten Verhandlungen statt, vorbehaltlich der Zustimmung der Arbeiter einigte man sich auf folgende Neuregelung:

1. Zu den Löhnen des 5. Lohntariffs soll ein Zuschlag von 15 Prozent auf alle bestehenden Löhne gesetzt werden. Die Löhne der minderwerbsfähigen männlichen Arbeiter sollen auf 3 M. pro Stunde, die der minderwerbsfähigen Frauen auf 2 80 M. pro Stunde erhöht werden. Das Ergebnis der 15prozentigen Lohnaufbesserung beträgt für männliche Arbeiter ungefähr 60-70 Pfa., für Arbeiterinnen 50-55 Pfa., für Jugendliche 30-55 Pfa. für die Stunde. Die Tarifdeputation versprach weiter, sich dafür einzusetzen, daß ab 1. Februar diese Löhne auf weitere 10 Pfa. erhöht würden und daß die Arbeiter aller technischen Betriebe, die zur Zeit teilweise als Schwerarbeiter einen Lohnzuschlag von 10 Pfa. für die Stunde erhalten, generell als Schwerarbeiter entlohnt werden sollten.

Die Vertreter der Organisationen waren bereit, diese Regelung den Mitglie dchaften zur Annahme zu empfehlen. Wider Erwarten stießen die Vereinbarungen der Parteien auf Widerstand im Magistrat, der ursprünglich die Angelegenheit durchschickte und erst auf wiederholtes Drängen der Arbeiter bereit war, die Angelegenheit zur Entscheidung zu bringen. Der Magistrat ist den Vereinbarungen nicht beigetreten. In der Magistratssitzung am 5. Februar 1921 wurde nachstehender Beschluß gefaßt: Den unter den Tarif für die städtischen Arbeiter fallenden Arbeitnehmern wird mit Wirkung vom 1. November 1920 ein Lohnzuschlag von 15 Prozent gewährt. Mindererwerbsfähige erhalten einen Stundenlohn von 3 M., 2 80 M. für die weiblichen Arbeitnehmer. Von diesem Lohnzuschlag sind ausgenommen a) die Jugendlichen, b) diejenigen Arbeitnehmer, die in den Anstalten Wohnung oder Beköstigung allein erhalten.

Die Tarifdeputation hat die Vereinbarungen der Tarifdeputation mit den Vertretern der Arbeiter über den Hausen geworfen. Besonders schwierig wird die Lage durch die Bestimmung, daß den Arbeitnehmern, die sich in den Anstalten befinden, der Lohnzuschlag nicht gewährt werden soll. Da die meisten Leute auf die zu gewählende Neuregelung der tariflichen Verhältnisse schon ein Verbot von 200 bzw. 250 M. gewährt worden ist, so mühte hier sogar eine Rückzahlung einzuwirken. Das schwerwiegendste aber ist, daß wiederum eine Kategorie von circa 8000 bis 9000 Personen, die bisher gleichberechtigt mit den anderen Arbeitnehmern des Magistrats waren, in Zukunft minderen Rechts sein sollen. Es ist dies ein Zustand, der unerträglich ist und dem die städtischen Arbeiter niemals ihre Zustimmung geben können.

Es darf nicht verkann t werden, daß die Situation durchaus ernst ist. Wenn schon die Gehalt der städtischen Arbeiter durch die langwierigen Verhandlungen auf eine harte Probe gestellt worden ist, so haben die Beschluß des Magistrats, die die Ver-

hältnisse, sondern die wirkliche, in ihren Schlupfwinkeln auf ihre Stunde lauernde Gegenrevolution — abzuwarten, um unter der Decke des Theaterdonners und der Aufregung Puffsche und Aktionen zu inszenieren und auch zu vollziehen. Es gab hierfür Anhaltspunkte, Präzedenzfälle.

Über alsbald steigen die Raketen des Feuerwerks, das das Schauspiel beschließen sollte, zum Himmel auf, die „Antora“ verstumte, die Massen vorstellten sich, verließen sich in der Nacht, und wir kehrten schweigend in unser Haus am Newauser, gegenüber der Peter-Paul-Festung, heim.

Über den künstlerischen Wert, die historische und ethische Bezeichnung solchen Schauspiels kann man keine Ansicht formen wie man mag. Podend und tollühn, aufreizend und in den innersten Tiefen erschütternd war es. Unergeßlich durch seine Unmittelbarkeit, Licht, Bewegung, durch die Idee der Masse, die es trug. Hier lag dem Theater der Zukunft — dem Massentheater, das einer politischen Idee, der Idee gehorcht und dient! — in Wahrheit eine Bahn gedrohen.

Arthur Holtscher

Josephs-Legende

Aufführung in der Staatsoper

„Liebung, Sensationsgeschrei, Kompromittierung — alles aus dem wichtigsten Anlaß der „Josephs-Legende“. Korruption paart sich stets nur mit Unbedeutendem. Es ist tragisch, daß Strauß zu einer Zeit, wo die Musik voll revolutionärer Möglichkeiten glüht, in seiner Schöpfungskraft erlahmt; es ist beschämend, wie er den katastrophalen Mangel an Inspiration in seinen neuesten Werken durch einen unerhörten Reslamerummel vor der öffentlichen Meinung zu maskieren sucht.

Die tanzpantomimische „Josephs-Legende“ stellt keine Höherentwicklung der Gattung dar. Obwohl sich zwei Männer wie Hugo von Hofmannsthal und Harry Graf Kessler um eine Handlung künstlerisch bemühten, widet sich auf der Bühne nicht viel mehr als als einige Tanzgruppen mit den üblichen pantomimischen Gesten. Während der tanzende Joseph, dessen bewegte Körperlinien die Wesenszüge eines Menschenschilderers charakterisieren sollen, im besten Fall tarifaristisch wirkt, fallen dem Weib des Poriphar ein paar starke gestalterische Momente zu.

Das Werk ist eine Arbeit auf Bestellung. Es taucht nur selten ein eigener, lebenskräftiger Zug in der Musik auf; es fehlt vor allem Dingen das tänzerlich Pantomimische in der Sinfonie, das impulsiv Glieder zu Schwingung und Elastizität anregt. In seinem Taft ist Strauß über sich selbst hinausgewachsen; er wiederholt sich aus früheren Schöpfungsperioden, aber noch weit häufiger kopiert er fremdes Gut und verliert es mit Können modern zu überfrachten. Stillschwindet seine Musik immer

eindarungen völlig außer Acht lassen, die Erregung der Arbeiter auf das höchste gesteigert. Die Arbeitnehmer haben den Schlichtungsanspruch Groß-Berlin angesetzt, der heute, Mittwoch, in der Angelegenheit sprechen wird. Ueber die Frage, ob Annahme dieses Schiedspruches oder Arbeitsniederlegung wird die Urteilsmeinung der circa 80.000 städtischen Arbeiter und Hilfskräfte entscheiden.

Der neue preussische Landtag

Das preussische Staatsministerium hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage des Zusammentritts des neuwählenden Landtages beschäftigt. Man war sich einig in dem Wunsche, den neuen Landtag mit größtmöglicher Beschleunigung zusammenzutreten zu lassen, damit nicht die Bildung der neuen Regierung durch das Dazwischentreten der Karwoche hinausgeschoben würde. Nach den Erklärungen des Landeswahlleiters, des Präsidenten des Staatstlichen Landesamts Saenger, der sich auf die bei der Reichstagswahl gemachten Erfahrungen stützt, ist für den 3. März die endgültige Zusammenstellung des amtlich ermittelten Ergebnisses zu erwarten. In kürzerer Zeit können bei den technischen Schwierigkeiten des neuen Wahlsystems mit seiner Errechnung der auf die Landeslisten entfallenden Mandate, die Zusammenstellungen nicht beendet werden. Vom 4. März ab erfolgen dann die Benachrichtigungen der gewählten Abgeordneten, die ihre Legitimationen und Paspasorien erhalten. Auf den 10. März wird nunmehr, da dann alle Abgeordneten nach rechtzeitiger Benachrichtigung in Berlin sein können, das Plenum des Landtages einberufen. In den nächsten Tagen bleibt dann hinführend Zeit zur Konstituierung und zur Wahl des Ministerpräsidenten, sowie zur darauffolgenden Berufung der Minister, so daß die Regierungsbildung vor der Karwoche abgeschlossen ist und das Parlament dann in die Osterferien gehen kann.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

Das Reichsarbeitsministerium soll, wie der „Konfessionär“ mitteilt, beschließen haben, die Erwerbslosenunterstützung von 10 auf 12 Mark täglich zu erhöhen, und zwar mit Rückwirkung vom 1. November d. J. ab. — Wenn diese Meldung tatsächlich zutreffen sollte, dann hat das Reichsarbeitsministerium die dringende Pflicht, sie sofort der gesamten Öffentlichkeit zu unterbreiten. Der „Konfessionär“ erscheint uns nicht als die geeignete Stelle für derartige wichtige Bekanntmachungen.

Ernährungskrise in Tschechien

II. Prag, 8. Februar.

Gestern fand im Ernährungsministerium eine Enquete in Angelegenheit der Ernährungsfrage statt. Der Leiter des Ernährungsministeriums, Ackerbauminister Dr. Brdlik, betonte in seinem Bericht, daß die Lebensmittelbedingungslosigkeit 80 Prozent des für dieses Jahr vorgeschriebenen Kontingents abliefern müßten. Landwirte, die sich weigern, werden mit Geldstrafen belegt, ferner wird ihnen das Saatgut und alles, was zur Ernährung dient, genommen werden. Im nächsten Jahre werden den Landwirten nur 40 Prozent von dem diesjährigen Kontingent vorgeschrieben werden. Der Rest wird freigegeben, allerdings erst dann, wenn für die Kaufleute die für die Bevölkerung notwendige Menge in allen Konsumzentren beschafft ist. Die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Entente sprach sich für den freien Handel mit den Nahrungsprodukten aus. Ein definitiv Beschluch wird noch gefaßt werden.

Das neue griechische Kabinett. Das Kabinett Kaleropoulos hat sich am Montag der griechischen Kammer vorgestellt. Der neue Ministerpräsident leitete der Kammer mit, daß das Programm der neuen Regierung dasselbe sei wie dasjenige des Kabinetts Rhablis. Der neue Regierungschef erklärte, daß er Griechenland auf der Londoner Konferenz vertreten würde und daß er dieselben Ansichten habe, wie Stratos, nämlich, daß der Vertrag von Sevres bezüglich der territorialen Grenzen Griechenlands ein Minimum dessen darstelle, was Griechenland mit Rücksicht auf seine Opfer von den Alliierten verlangen könne. Alle Parteien, die Votenlisten einbringen, billigten die Ausführungen des neuen Ministerpräsidenten.

Südfranzösische Sozialisten gegen Moskau. Die sozialistische Föderation der Rhone-Garonne hat sich gegen den Ansluch an die dritte Internationale ausgesprochen. Sie fordert in einem Aufruf ihre Mitglieder auf, der alten sozialistischen Partei treu zu bleiben.

deutscher in die Linie Mozarts. Die Melodie ist Mutarm und verläßt nach dem Ende zu vollständig. Unglaubliche Banalitäten finden sich in der Figuration der Vielle, Flöten und Geigen. In den wenigen Stellen, wo sich das Orchester langsamlich fahrt (am eindringlichsten in der estatischen Liebeswerbung der Frau des Poriphar), läßt es es als salomöischen Inhaltswerten.

Die Dekoration (von Emil Pfälzau entworfen) unwogte geschmacklos mit weißgepannten grünen Tüchern den Raum. Dem in Interdiums vortrefflichen Lob der Verfasser über die Darstellung wage ich bescheidenst meine Ansicht gegenüberzustellen, daß die feministischen Bewegungen Heinrich Kröllers und die Unschämigkeit und Schwerefülligkeit seines Ballets mit Kunst wenig zu tun haben. In Tilla Durieux als Weib des Poriphar regten sich Kräfte, die die Möglichkeit in sich tragen, Stasizität und Geste Schauspiel (im Geist der neuen Pantomime) werden zu lassen.

F. J. Windisch

Unser neuer Roman. Wir beginnen morgen mit der Veröffentlichung der Novelle „Finkenrin“ von Leonid Andrejew. Das Werk des großen russischen Dichters schildert einen Revolutionär, der vor einem terroristischen Attentat steht und sich vor der Polizei in einem Vorbeld versteckt. Nur wenige Personen treten in der Erzählung auf. Die Konflikte, die sich aus der Situation ergeben, schildert der Dichter mit erschütternder Meisterhaft. Das Seelenleben der Bewohnerinnen des Vorbelds, die dem Revolutionär entgegengetreten, enthält eine Fülle menschlicher Probleme und zeigt uns wieder einmal die Größe und Weite des russischen Menschen.

Kapitalerhöhung der „Ufa“. In der Aufsichtsratsitzung der Untervernum-Film-Film-Ges. wurde eine Kapitalerhöhung von 25 auf 90 bis 100 Millionen Mark in Aussicht genommen; wie die „Nachtbild-Bühne“ erzählt, wird das neue Kapital um großen Teil von der Deutschen Petroleum-U.G. (H) übernommen.

Francesco d'Andrade, ein berühmter, in Deutschland vielgeleiteter Sänger, ist gestern in Berlin gestorben. Seine Kunst lebt in dem Meisterbilde fort, das Slavogot von seinem Don Juan geschaffen hat und das im Museum im Kronprinzenpalais einen Platz gefunden hat.

Tages-Notizen

- Volkshäuser. In vielen Kernen, Sonntag, den 13. Februar, mittags 1/2 Uhr, im Theater am Schauspiel, gelangen sollen gebräut Werke von Wagner zur Aufführung, u. a. ein Konzert für Klavir und Vielle, eine Sereude für acht Violoncellen und ein Violoncell mit Klavir. Mitwirkende: Mitglieder der Staatsoper.
- Kapitalerhöhung der „Ufa“. In der Aufsichtsratsitzung der Untervernum-Film-Film-Ges. wurde eine Kapitalerhöhung von 25 auf 90 bis 100 Millionen Mark in Aussicht genommen; wie die „Nachtbild-Bühne“ erzählt, wird das neue Kapital um großen Teil von der Deutschen Petroleum-U.G. (H) übernommen.
- Präsident der Reichsarbeitsämter. In der Sitzung der Reichsarbeitsämter am 12. Februar wurden die Beschlüsse der Reichsarbeitsämter für den 1. März 1921 beschlossen.
- Kapitalerhöhung der „Ufa“. In der Aufsichtsratsitzung der Untervernum-Film-Film-Ges. wurde eine Kapitalerhöhung von 25 auf 90 bis 100 Millionen Mark in Aussicht genommen; wie die „Nachtbild-Bühne“ erzählt, wird das neue Kapital um großen Teil von der Deutschen Petroleum-U.G. (H) übernommen.

Die Mobilmachung der Gese

In einer öffentlichen Frauenversammlung in der Schulaula Parlaus in Lichtenberg sprach gestern Abend Genosse Rabold. Er behandelte den Friedensvertrag, die Pariser Beschlüsse, die Steuer- und Ernährungsfrage und zeigte in allen Punkten, daß für das heutige Gese die bürgerlichen Parteien verantwortlich zu machen sind. Für das Proletariat könne es keine Einheitsfront geben. Die durch den Krieg in Belgien und in Nordfrankreich angerichteten Schäden und Verwüstungen müßten wieder gutgemacht werden. Aber es ist die Pflicht des Proletariats, dafür zu sorgen, daß die Kosten für die Wiedergutmachung nicht den Arbeitern aufgebürdet werden, sondern jenen Kreisen, die aus den Zerstörungen Nutzen zogen. Genosse Rabold behandelte dann die Hohenoller-Abfindungen, die Steuerbrückeberger der bürgerlichen Klassen, den Preiswucher der Agrarier und das große Gese, das dadurch über die arbeitenden Schichten, insbesondere aber über die Frauen und Kinder, gebracht wird. Das Proletariat habe nur einen Feind: das Bürgertum, den Militarismus und die Reaktion! Gegen ihn gelte es den Kampf aufzunehmen und alle Wähler und Wählerinnen hätten die Pflicht, am 20. Februar für die Unabhängige Partei ihre Stimme abzugeben, weil diese Partei sowohl die Kriespolitik bekämpft und sich auch nach dem Zusammenbruch als die wahre Führerin der deutschen revolutionären Arbeiterschaft erweisen habe.

Kurz, nachdem Genosse Rabold sein Referat begonnen hatte, rüdte ein kommunistischer Stochtrupp an, der im hintersten Teil des Saales und in der Nähe des Eingangs Aufstellung nahm. Das Referat des Genossen Rabold wurde nur zum Teil durch Zwischenrufe unterbrochen, die aber schnell wieder verstummten, weil den Rufern jedesmal auf der Stelle eine kräftige Abfuhr erteilt wurde. Der kommunistische Stochtrupp, der schon einmal eine Versammlung des Genossen Ludwig unmöglich gemacht hatte, wollte aber unter allen Umständen auch die Frauenversammlung auseinandersprengen. Die Frauen, die in die Versammlung gekommen waren, um sich Aufklärung zu holen, waren über dieses Treiben heftig empört. Sie verlangten, die Krateler aus dem Saal zu weisen, da hier eine Frauenversammlung sei und keine Schnapsdebille. Als die Kommunisten den Standal fortsetzten, griffen einige beherrzte Genossen zu und führten die lautesten Schreier etwas unlanft zum Saale hinaus. Es sprachen dann unter großer Anruhe zwei Kommunisten. Und als Genosse Rabold sein Schlusswort beendet hatte, kam der Vorsitzende der K. P. D. vom Lichtenberg her und erklärte, die Partei bedauere die Zwischenfälle aufs tiefste, es soll eine Untersuchungskommission eingeseht werden, um festzustellen, wer für den Standal verantwortlich ist. Dem Herrn wurde die einzig richtige Antwort erteilt: Nicht die Arbeiter, die sich dazu hergeben, als Stochtruppen in fremde Versammlungen einzudringen und sie zu sprengen, sind für die Standalen verantwortlich, sondern die kommunistischen Führer, die die Stochtruppen organisieren. Verantwortlich für den Kratel ist der Vorsitzende der K. P. D. in Lichtenberg, eine Frau Rosenthal, die mit dem Sprengtrupp in den Saal einbrang, die „Rote Fahne“, Däumig, Lepy und vor allem die Betriebsratszentrale, die in Ermangelung einer ernsteren Beschäftigung den Stochtrupp die Weisungen gibt. Damit mußte sich der Vorsitzende der K. P. D. zufrieden geben.

Wir fordern alle unsere Genossen auf, in den Wahlloerfassungen, die nach bevorstehen, den kommunistischen Kabaumachern genau so scharf entgegenzutreten, wie es gestern in Lichtenberg geschehen ist. Diese Krateler wollen keine Aufklärungsarbeit. Sie schreden selbst, wie das Urtentat auf den Genossen Dittmann in Frankfurt am Main bewiesen hat, vor der Anwendung roherer Gewaltmittel nicht zurück. Deshalb muß in allen Versammlungen dafür gesorgt werden, daß die Krateler vor die Tür gekehrt werden. Denn in einer Versammlung unter anständigen Menschen haben derartige Gestalten nichts zu suchen. Sie gehören in die Destrille.

Öeffentliche Wählerversammlungen

Niederhöhenhausen. Donnerstag, den 10. Februar, abends 7 Uhr, im Lyzeum Kaiser-Wilhelm-Ströhe: Öeffentliche Frauenversammlung. Thema: Die Landtagswahlen und die Frauen. Referent: Genossin Kiesel.

11. Distrikt. In der Aula des Humboldt-Gymnasiums fand Dienstag abend eine öffentliche Frauen-Versammlung des 11. Distrikts statt. Die Versammlung war sehr stark besucht und es waren nur wenige Männer unter den Anwesenden. Die Referentin, Genossin Sinnick, schilderte das Gese der proletarischen Massen, welches durch den Krieg und die maßlose Ausbeutung durch den Kapitalismus herbeigeführt worden ist. Es sei deshalb unbedingte Pflicht einer jeden Frau der arbeitenden Klasse für den Sozialismus einzutreten und am 20. Februar nun ihre Stimme der U. S. P. zu geben. In der Diskussion trat eine Frau Oberlehrerin (denksinnig!) für die Frauenarbeitsgemeinschaft ein und befürwortete die Bildung einer Unterstit für die Frauen. In ihren weiteren Ausführungen stellte sie die Behauptung auf, Deutschland sei überbevölkert; gegenüber anderen Ländern und sie vertrat das Zwickelndesystem. — Genosse Lehmann wies nach, daß es gerade die Klassen-genossen der Arbeiterinnen und die Mitglieder der Deutschen Volkspartei gewesen sind, die das Gese herbeigeführt haben, und daß wir als Sozialisten erst dafür zu sorgen haben, daß unseren Kindern die Einheitschule gebracht würde, ehe wir an die Bildung von Universitäten für Frauen denken können. Nachdem die Referentin in ihrem Schlusswort noch eingehend die Ausführungen der Deutschnationalen widerlegt hatte, schloß Genossin Lohmann die Versammlung mit einem Appell an alle, am 20. Februar der U. S. P. ihre Stimme abzugeben, und mit einem begeistert ausgebrachten Hoch auf die U. S. P., die Versammlung. Wir konnten wieder verschiedene Aufnahmen verzeichnen.

Schulaula Dunder. Die Referentin, Genossin Luntwich, schilderte in der Frauenversammlung den Kampf, den die Frauen lange Zeit um ihre politische Gleichberechtigung geführt haben. Jetzt haben die Frauen diese Gleichberechtigung, aber die mangelnde politische Erziehung hat dazu geführt, daß die Frauen von ihrem Recht nicht den richtigen Gebrauch machen. Die vorangegangenen Wahlen haben es gezeigt, daß es gerade die Frauen sind, die den arbeitereindlichen Parteien zu ihrer parlamentarischen Macht verhelfen. Diese Parteien haben ihre Macht benutzt, um die Arbeiterklasse um die Früchte der Revolution zu bringen. Das ganze bestehende Gese kann nur durch das Proletariat selbst erfolgen. Das Proletariat ist aber durch die innere Zerissenheit zu sehr geschwächt worden. Mit treffenden Worten wies die Genossin Ludwig die gewissenlose Spaltungspolitik der Kommunisten, nicht weniger scharf ging sie mit den Rechtssozialisten ins Gericht, die durch ihre koalitionspolitisch mit den bürgerlichen Parteien den Sozialismus in starken Mißbruch gebracht haben. Genossin Ludwig rühtete an die zahlreich erschienenen Frauen die Aufforderung, die Zeit bis zum 20. Februar auszunutzen zur Werberebeit für die Interessensvertreterin des Proletariats: für die U. S. P. Starke Worte bedurfte ihre Ausführungen. In der Diskussion untertriffen einige Genossinnen die Ausführungen. Anwesende Gegner hatten es vorgezogen, während des Vortrages den Saal zu verlassen.

Lichterfelde. Genosse Künstler sprach am 7. Februar in einer öffentlichen Wählerversammlung über die kommenden Landtagswahlen. In seinem trefflichen Referat rechnete er mit den bürgerlichen Parteien ab. Sämtliche Anwesenden waren mit den Ausführungen einverstanden. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

